

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Kosmetik statt Wirksamkeit lautet die Devise der CDU, wenn es um Gleichstellung von Frauen und Männern geht, stellt Edith Niehuls MdB fest.

Seite 1

Der Sport muß in der Europapolitik eine größere Rolle als bisher spielen. Er muß helfen, falsche Nationalismen zu überwinden und ein europäisches Bewußtsein zu schaffen, fordert Peter Büchner MdB.

Seite 2

Einen höheren Rang für die Mittelstandspolitik in Bundestag und Regierung verlangt der Vorsitzende der SPD-Selbständigen Jürgen Vahlberg.

Seite 4

49. Jahrgang / 209

2. November 1994

Halbherzig

CDU: Quorum statt Quote - Halbherzigkeit wird Frauen keine Teilhabe sichern

Von Dr. Edith Niehuls MdB

Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend

Es ist nicht nur ein Streit um Begriffe, wenn CDU-Generalsekretär Hintze bei der Vorstellung der Pläne zur Erhöhung des Frauenanteils bei Mandaten und Ämtern in der CDU das Wort "Quote" peinlich bemüht vermeidet. Die komplizierten Regelungen, die laut Hintze und Frauenunionsvorsitzender Süßmuth eine bessere Beteiligung von Frauen in der CDU herbeiführen sollen, bleiben in ihrer Verbindlichkeit und Wirksamkeit weit hinter einer Quotierung zurück. Bei Wahlen zu Parteiämtern soll das sogenannte Quorum sicherstellen, daß ein Drittel der Stimmen pro Stimmzettel für Frauen abgegeben werden muß. Doch die Ausnahme folgt sogleich: Sind nicht ausreichend weibliche Mitglieder vorhanden oder bereit zu kandidieren, soll die Drittelregelung reduziert werden. Dies begründet Hintze mit der Furcht vor "sowjetischen Ergebnissen": eine mögliche hundertprozentige Zustimmung für eine Kandidatin ist nach CDU-Ansicht demokratieschädlich. Diese Befürchtungen gelten aber anscheinend nur in Bezug auf Frauen - in Zusammenhang mit dem CDU-Bundesvorsitzenden Kohl wurden Wahlen ohne Gegenkandidatin noch nie als problematisch angesehen.

Wieviele Jahre wird die CDU noch brauchen, bis sich auch dort endlich die Erkenntnis durchsetzt: Eine Quotierung wird Frauen wirksam ermutigen und stärken, zu kandidieren. Nur eine Quotierung wird männliche Platzhirsche davon abhalten, Frauen bereits im Vorfeld von einer Kandidatur abzuhalten. Ohne Ergebnisquote werden die "Ausnahmen" Legion sein.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlicher Herausgeber:
Dr. Rudolf Schwinn
Redaktion: Peter



Kosmetik statt Wirksamkeit auch im zweiten Verfahrensvorschlag: Bei Listenvorschlägen für Mandate und öffentliche Ämter sollen für drei aufeinanderfolgende Listenplätze ein Mann und eine Frau vorgeschlagen werden. Auch dies stellt keineswegs im Ergebnis ein Drittel Frauen sicher. Denn: Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß für jeden Platz sowohl Männer als auch Frauen kandidierten, so die CDU. Dies ist eine deutliche Handlungsanweisung, wie Frauen auch weiterhin auszugrenzen sind: Kandidieren auf zum Beispiel für Platz drei sowohl eine Frau wie ein Mann, ist dem Buchstaben genüge getan - gewählt werden kann der Mann. Auch hier gilt: Ein solches Verfahren stellt im Gegensatz zur Quote keine wirksame Maßnahme dar, um den Frauenanteil tatsächlich zu erhöhen.

Daß es sich bislang nur um Vorschläge handelt, daß nur ein befristeter Versuch in Aussicht gestellt wird, ergänzt nur die Halbherzigkeit, mit der die CDU sich hier wie so häufig dem Thema Gleichstellung nähert. Von einer "Offensive" kann nicht die Rede sein. Wer in der Frauenpolitik so lahm ist wie die CDU, sollte sich endlich eingestehen, daß er wirksame Maßnahmen braucht. Doch die Entschlossenheit, dem männlichen Machtklüngel offen entgegenzutreten, fehlt in der CDU einmal mehr. Angesichts einer CDU-Frauenministerin, die sich ständig gegen Quoten ausspricht, ist dies allerdings kaum verwunderlich.

(-/2. November 1994/hgs/ks)

Durchs Hauptportal nach Europa

Sport muß wichtigen Platz im "Europäischen Haus" einnehmen

Von Peter BÜchner MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Sport ist nicht nur in Deutschland die größte Bürgerbewegung, er ist es auch in Europa: Über ein Drittel der EU-Bürger sind in Sportorganisationen zusammengeschlossen. Damit kann der Sport ein übergreifendes und verbindendes Element in dem schwierigen Prozeß der Verwirklichung der Europäischen Union sein.

Bisher hat die Kommission die Möglichkeiten und Chancen des Sports für Europa nicht ausreichend erkannt. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß der Sport durch die Hintertür in das "Europäische Haus" gelangen mußte und dort höchstens als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit benutzt wird. Der Sport muß als größte Personenvereinigung seinen gesellschaftspolitischen Stellenwert auch in Europa wesentlich steigern. Die vielfältigen positiven Auswirkungen und besonders die sozialen Funktionen müssen dem Sport erlauben, durch das Hauptportal nach Europa einzuziehen und einen wichtigen Platz in der europäischen Politik einzunehmen.

Der Sport kann durch den national übergreifenden Charakter seinen spezifischen Beitrag zum künftigen "Europa der Bürger" leisten, wenn man ihn in ein umfassendes politisches Gesamtkonzept integriert. Gegenwärtig wird der Sport von der Europäischen Kommission ausschließ-

lich als Kommunikationsmittel eingesetzt, um den Bürgern Europas die politische Einheit bewußter zu machen. Natürlich ist er das auch, aber er kann viel mehr leisten.

In dem größer werdenden Europa wird der Sport in der Lage sein, an der Verständigung und Integration der Völker und Menschen entscheidend mitzuwirken. Die Eingliederung von Ausländern, Aussiedlern und anderen Gruppen spielt da ebenso eine Rolle wie eine spezielle Unterstützung der Sportpolitik für Behinderte. Die Sportbewegungen der Frauen und der älteren Mitbürger haben dabei sicherlich einen Nachholbedarf. Dieses Potential des Sports muß eine zukunftsorientierte, verantwortungsvolle Politik in Europa nutzen.

Daher ist es unabdingbar, den Sport im Rahmen der größer werdenden Europäischen Union neu zu positionieren und das europäische Sportwesen in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Sportdach- und -fachverbänden zu organisieren. Die Forderung des deutschen Sports nach einer eigenen Abteilung Sport in der EU-Kommission und die Berücksichtigung des Sports in der Revision der Maastrichter Verträge weisen in die richtige Richtung. Dazu sollte jetzt die Bundesregierung, die noch bis zum Ende des Jahres den Vorsitz im Ministerrat innehat, die entscheidenden Weichen stellen. Nicht zuletzt Bundesaußenminister Kinkel, der sich auch in Wahlkämpfen besonders sportlich und sportfreundlich gibt, könnte hierfür ein klares Zeichen setzen.

Die Probleme des Zusammenwachsens in Europa sind gewaltig. Der Sport kann in vielfältiger Weise zu dem Überwinden dieser Hindernisse beitragen, wenn er in Europa einen wichtigen Raum erhält und in fairer Partnerschaft mit den europäischen Gremien zusammenarbeiten kann.

Immer wieder wird beklagt, daß ein spezifisches europäisches Bewußtsein der multikulturellen Gemeinschaft noch nicht ausgeprägt ist. Der Sport kann seinen Beitrag dazu leisten, indem er als Forum der Begegnung in bürgernahen Breiten- und Jugendsportprogrammen dient. Die positiven Erfahrungen mit den Sportbegegnungen im Rahmen des deutsch-französischen Jugendaustausches zeigen, daß der Sport in besonderer Weise mit einem Prozeß des interkulturellen Lernens verbunden ist. Solche Projekte auf gesamteuropäischer Ebene schaffen ein neues europäisches Bewußtsein und helfen mit, falsche Nationalismen zu überwinden.

Auf dem Gebiet der Sportpolitik muß die Europäische Union mehr Flagge zeigen. Europäische Sportaufgaben im Behindertenbereich und auf dem Gebiet der gemeinsamen Sportentwicklungspolitik müssen von der EU-Kommission noch stärker mitentwickelt und finanziell mitgetragen werden.

Eine der wesentlichen Aufgaben der nächsten Jahre wird es sein, die Entwicklung demokratischer Sportstrukturen in den ehemaligen zentralistischen Ländern wirksam zu fördern. Da die Verantwortung für die Regionalpolitik einer deutschen Kommissarin übertragen wurde, gibt es Chancen, dabei auch bei der Entwicklung der kommunalen Sportstättenstruktur in den neuen Bundesländern besondere Akzente zu setzen.

Der Sport ist autonom, er organisiert sich frei und trifft seine Entscheidungen selbständig und selbstverantwortlich. Partnerschaft wie auf nationaler Ebene ist daher die Form der Zusammenarbeit auch in Europa. Der Sport ist und bleibt auch auf europäischer Ebene im Selbstorganisations- und Regelbereich unabhängig.

Bisher hat sich der Sport in Europa politisch unterschätzen lassen. Mit einem neuen Selbstbewußtsein muß er deswegen an dem Bau des "Europäischen Hauses" jetzt mitwirken. Die Revision der Maastrichter Verträge und die Entscheidungen der nächsten Zeit in Parlament und Kommission werden dazu die notwendigen Voraussetzungen schaffen müssen.

(-/2. November 1994/hgs/ks)

**Schluß mit der sträflichen Vernachlässigung
Höherer Rang für Mittelstandspolitik in Bundestag und Regierung der nächsten
Legislaturperiode**

**Von Jürgen Vahlberg
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)**

Die AGS schlägt die Einrichtung eines Mittelstandsausschusses im nächsten Deutschen Bundestag und eines Staatssekretärs für Mittelstandsfragen beim Bundesminister für Wirtschaft vor. Damit soll der Mittelstandspolitik institutionell in der Arbeit von Parlament und Regierung die Geltung verschafft werden, die der Bedeutung der mittelständischen Unternehmen und Selbständigen für Wirtschaft, Gesellschaft und Beschäftigung entspricht.

Von 2,1 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen und Selbständigen kommen immerhin:

- fast 20 Millionen aller Arbeitsplätze;
- 80 Prozent der Ausbildungsplätze;
- über 52 Prozent der Privatinvestitionen.

Die sträfliche Vernachlässigung der mittelständischen Unternehmen und Selbständigen durch die Regierungskoalition hat auch eine Ursache darin, daß sie eine stärkere Verankerung der Mittelstandspolitik in der Arbeit von Parlament und Regierung abgelehnt hat. Die Mittelstandsvereinigung der CDU hat es auch in dieser Frage nicht geschafft, sich gegenüber der Großkonzernlobby der FDP durchzusetzen.

Ein Mittelstandsausschuß im Deutschen Bundestag kann dafür sorgen, daß bei Gesetzgebungsvorhaben die speziellen Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen und Selbständigen berücksichtigt werden, einfachere Regelungen zum Beispiel bei Genehmigungsverfahren und im Steuerrecht, gefunden werden und letztlich so manche nicht zwingend notwendige Verordnung oder Gesetzesregelung unterbleibt. Ein Staatssekretär für Mittelstandsfragen soll den ständigen Dialog mit der mittelständischen Wirtschaft und den Selbständigen sowie ihren Organisationen pflegen, fortlaufend die Lage und Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft beobachten und in Regierung und Parlament Bericht erstatten und die Anliegen der mittelständischen Wirtschaft in die Regierungspolitik einbringen.

(-/2. November 1994/hgs/ks)
